

Was war Generationengerechtigkeit?

Eine Aufklärung über Geld und Staatsverschuldung

[Maximilian Runge](#), September 2021

Ist die Begrenzung von staatlichen Ausgaben und Haushaltsdefiziten wirklich im Sinne der Generationengerechtigkeit? Wer begreift, wie unser Geldsystem tatsächlich funktioniert, muss diese Frage eindeutig und vehement verneinen

Es gehört zum Wesen großer Begriffe, dass sich jede_r etwas anderes darunter vorstellt, dass sie [alles und zugleich nichts](#) bedeuten können. Die Wörter Freiheit, Glaube, Vernunft und Staat gehören dazu, aber auch solche „Kampfbegriffe“ wie Liberalismus, Sozialismus, Kommunismus, Patriotismus, Politische Mitte oder eben Gerechtigkeit, worunter auch die Generationengerechtigkeit fällt. In den Medien und im politischen Sprachgebrauch wird mit diesem Wort häufig auf die Staatsfinanzen Bezug genommen, die aufgrund der immer höher werdenden öffentlichen Verschuldung weder „nachhaltig“ noch „solide“ seien und daher die kommenden Generationen über Gebühr belasten würden (so etwa in der [Welt](#) oder der [WirtschaftsWoche](#)). Nichts ist falscher als diese Behauptung, denn im Gegensatz zu tatsächlich knappen Gütern und Ressourcen wie Boden, Wohnraum, Rohstoffen und potenziellen Erwerbstätigen sind die Geldmittel eines Staates oder einer Staatengemeinschaft mit eigener Währung gerade *nicht* begrenzt.

Geld ist für ein Staatswesen funktional gesehen lediglich ein Hilfs- und Anreizmittel, um gesellschaftlich relevante Sachvermögen (wie Häuser, Straßen, Brücken, Schienen und Züge, Strom-, Gas-, Wasser- und Internetleitungen) und Konsumgüter (wie Lebensmittel, Medikamente und Kleidung) herzustellen und zu verteilen bzw. wichtige Dienstleistungen (wie Bildungs- und Erziehungsarbeit, Forschung, Verwaltung, Medizinische Versorgung, Mobilität und Transportwesen, Telekommunikation, Zahlungsverkehr, Kultur- und Freizeitangebote) für die gesamte Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Es sind diese Güter und Dienstleistungen, deren Relevanz und Verfügbarkeit aufgrund ihrer prinzipiellen Begrenztheit gesellschaftlich verhandelt werden müssen, denn jede Ressource, die für eines dieser Güter aufgewendet wird, kann nicht mehr für die Herstellung eines anderen Gutes herangezogen werden: Eine Lehrkraft etwa kann nicht gleichzeitig ein Haus bauen, eine HandwerkerIn keine Patienten versorgen, medizinisches Fachpersonal keine Waren transportieren, Beton für ein Haus nicht gleichzeitig für den Bau einer Straße, Stahl für eine Windkraftanlage nicht gleichzeitig für einen Zug, ein Rapsfeld für die Kraftstoffherstellung nicht gleichzeitig für die Produktion von Lebensmitteln verwendet werden. Der Staat nun kann mithilfe seiner Finanzpolitik, wozu die Fiskalpolitik und die Geldpolitik gehören, steuern, in welche Bereiche diese knappen realwirtschaftlichen Ressourcen strömen; da er aber zugleich Schöpfer des gesetzlichen Zahlungsmittels ist, das innerhalb seiner Bevölkerung akzeptiert wird, kann dem Staat bei diesem Steuerungsprozess mithilfe seiner eigenen Währung niemals „das Geld ausgehen“. Es sind also die *Grenzen der Realwirtschaft*, die einen Staat bei der Erfüllung seiner Aufgaben behindern, und eben nicht die Knappheit von Geld, obwohl uns genau das seit Jahrzehnten immer wieder erzählt wird.

Worüber wir als Gesellschaft noch einmal nachdenken sollten

Wer sich mit den Ungerechtigkeiten gegen die heute Lebenden und die nach uns Kommenden beschäftigen will, der sollte sich unbedingt mit diesen Zusammenhängen auseinandersetzen, denn Weniges ist ungerechter, als wenn ganze Generationen nicht vollständig über all ihre Handlungsmöglich-

keiten informiert sind. Angesichts der zunehmenden [Klima- und Wetterextreme](#) in den nächsten Jahrzehnten wiegt es daher um so schwerer, wenn bestehende Handlungsspielräume aufgrund tradierter Dogmen nicht genutzt werden und staatliche Maßnahmen, die sinnvoll, notwendig und ohne Schwierigkeiten finanzierbar sind, mit dem Verweis auf fehlendes Geld abgeschmettert werden. Wer wirklich für Generationengerechtigkeit ist, die den Namen auch verdient, der sollte sich deshalb mindestens dafür einsetzen, dass

1. das Geldsystem der Eurozone reformiert wird und die Euro-Staaten, genauso wie etwa [Kanada](#) und die [USA](#), sich direkt über die Zentralbank mit Liquidität versorgen dürfen, sodass die demokratisch gewählten Regierungen Europas wieder ihre [volle geldpolitische Souveränität](#) zurückerhalten. Das finanzpolitische Debakel in Griechenland, das zu [vielen Toten](#), [politischem Extremismus](#) und [immenser Armut](#) geführt hat, darf sich unter keinen Umständen wiederholen.

2. die Idee überwunden wird, die Geldmittel eines modernen Staates seien begrenzt. Seit die USA [im Jahre 1971](#) unter Präsident Richard Nixon die Golddeckung des US-Dollars aufgegeben haben, ist jede wichtige Währung der Welt sogenanntes Fiatgeld, das durch eine Zentralbank unbegrenzt geschöpft werden kann. Da Zentralbanken aber nun ihrem Wesen nach staatliche Institutionen sind, folgt daraus die Konsequenz, dass geldpolitisch souveräne Staaten in ihrer eigenen Währung niemals zahlungsunfähig werden können, da sie über ihre Zentralbank jederzeit neues Geld schöpfen können. [Buchhalterisch](#) (also aus der Perspektive des Rechnungswesens) drückt sich diese Bereitstellung von Geld über die Zentralbank in einer Kreditaufnahme des Staates aus – das Staatsdefizit zeigt also an, wie viel Geld der staatliche Sektor (Finanzministerium + Zentralbank) insgesamt geschöpft hat. Aus diesem Grund ist es höchst irreführend, bei Haushaltsdefiziten von staatlicher „Verschuldung“ zu sprechen, da der Staat dieses Geld letztlich sich selbst schuldet. Staatsschulden in eigener Währung sind also de facto *keine Schulden*, und schon gar keine privaten Schulden, weshalb es extrem unsinnig ist, das Staatsdefizit pro Kopf als *Verschuldung* pro Kopf zu interpretieren. Korrekter wäre es zu sagen, dass dieser Betrag (bei einem Staatsdefizit von etwa 2,2 Billionen Euro sind das [ca. 26.000 Euro](#)) das durchschnittliche *Geldvermögen pro Kopf* darstellt, das auf die staatliche Geldschöpfung zurückzuführen ist. Dass nicht jede in Deutschland lebende Person so viel Geldvermögen hat (dazu zählen auch Kinder!), zeigt, wie [extrem ungleich](#) der finanzielle Reichtum hierzulande verteilt ist.

3. die Idee überwunden wird, ein Staat finanziere sich aus Steuermitteln. Da der Staat der einzige Akteur ist, der die Macht besitzt, eine Währung herauszugeben, die von der gesamten Bevölkerung als gesetzliches Zahlungsmittel akzeptiert wird („Währungsmonopol“), muss er diese Währung logischerweise zuerst „unters Volk bringen“, also ausgeben, bevor der Privatsektor damit zahlen kann. Warum aber sollte die Bevölkerung die staatliche Währung überhaupt akzeptieren? Weil der Staat sie mithilfe der Strafverfolgung dazu zwingen kann, Steuern in seiner eigenen Währung zu zahlen, woraus sich automatisch eine Nachfrage danach ergibt. Unsere privatwirtschaftliche Intuition als Währungsnutzer läuft hier also vollkommen in die Irre: Wir zahlen nicht Steuern, damit der Staat sich finanzieren kann – sondern der Staat finanziert uns, damit wir Steuern zahlen können. Der Staat muss also immer schon Geld ausgegeben haben, benötigt immer schon ein Haushaltsdefizit, damit wir überhaupt erst Geldvermögen haben und unsere Steuern an ihn abführen können. Diese als Chartalismus bezeichnete Vorstellung geht auf den deutschen Ökonomen Georg Friedrich Knapp und sein bereits 1905 veröffentlichtes Buch „Staatliche Theorie des Geldes“ zurück, das unter anderem das Werk von John Maynard Keynes als wohl bedeutendsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts [maßgeblich beeinflusste](#). Ein *Staatsdefizit* ist folglich gleichbedeutend mit einem Privatsektor*überschuss* – gibt der Staat kein Geld aus, dann gibt es auch kein privates Geldvermögen. Die vollkommene „Entschuldung“ des Staates läuft also in Wahrheit auf die vollständige Abschaffung des Privateigentums an staatlich geschöpftem Geld hinaus – man darf berechnete Zweifel daran haben, ob das den [Befürwortern der Schuldenbremse](#) überhaupt bewusst ist.

4. damit gleichbedeutend die Idee überwunden wird, die Leistungen aus der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung könnten einzig durch die Sozialabgaben der Bevölkerung finanziert werden („Umlagefinanzierung“). Da jede Ausgabe des Staates gemäß Punkt 2 und 3 buchhalterisch immer durch neu geschöpftes Geld der Zentralbank erfolgt, ist das Sozialversicherungssystem nicht darauf angewiesen, vorher durch Beiträge „aufgefüllt“ zu werden. Für einen geldpolitisch souveränen Staat bildet die reine *Finanzierung* von Rentenzahlungen, Sozialhilfe und Leistungen der Krankenversicherung (entgegen der weit verbreiteten öffentlichen Meinung) also überhaupt kein Problem. Ein Staatsfonds, wie ihn die [Koalition aus SPD, Grünen und FDP](#) vorschlägt und der durchaus [seine Vorteile hat](#), ist für die Rettung des deutschen Rentensystems tatsächlich nicht notwendig.

5. die Idee überwunden wird, dass die Höhe des Staatsdefizits irgendetwas über Inflation oder die gegenwärtige Situation einer Volkswirtschaft aussagt. Wenn man es buchhalterisch genau nimmt, dann drückt das *nominale* Staatsdefizit lediglich aus, wie viel privates Geldvermögen auf die staatliche Geldschöpfung gemäß Punkt 2 und 3 zurückgeht – weiter nichts. Die *relative* Staatsschuldenquote hingegen, die laut Maastricht-Vertrag in der Eurozone auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt sein soll, hat überhaupt keine Aussagekraft, denn sie sinkt auch, wenn das BIP schneller steigt [als das Staatsdefizit](#). Die [vollkommen willkürlich](#) gewählten Maastricht-Regeln gehören daher unverzüglich aus den finanzpolitischen Vorgaben der Eurozone gestrichen.

6. die 2009 beschlossene Schuldenbremse, die die finanzielle Souveränität von Bund, Ländern und Kommunen massiv beeinträchtigt, wieder aus der Verfassung genommen und stattdessen durch einen Passus ersetzt wird, der die Erhöhung von Staatsausgaben bzw. staatlicher Geldschöpfung erst dann begrenzt, wenn die [unfreiwillige Arbeitslosigkeit](#) genau null beträgt oder die Verbraucherpreis-inflation in zwei aufeinanderfolgenden Jahren beispielsweise bei [vier Prozent](#) liegt (zum Vergleich: In den 1960er Jahren, als unter Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt [nahezu Vollbeschäftigung](#) herrschte, lag sie bei durchschnittlich 3,2 Prozent). Anstatt der bisherigen (unnötigen) Steuerfinanzierung von Ländern und Kommunen, die zu einer [verbesserungswürdigen Daseinsvorsorge](#), [Personalengpässen](#) und [Erpressbarkeit](#) führt, sollten sich Gebietskörperschaften zu 100 Prozent aus Bundeszuschüssen finanzieren, da dem Bund als souveränen Währungs herausgeber nie das Geld ausgehen kann. Auch die Ausgaben von Ländern und Kommunen sollten sich idealerweise flexibel nach dem Beschäftigungsgrad und der Inflationsrate bzw. der wirtschaftlichen Auslastung vor Ort richten, und nicht nach einem starren und begrenzten Finanzhaushalt, der lokal vorhandene Ressourcen wie Arbeitskraft, Rohstoffe und Produktionsstandorte nicht vollständig ausschöpfen kann.

7. die Idee überwunden wird, Inflation habe einzig und allein etwas mit der Geldmenge zu tun („Monetarismus“) und nicht auch etwas mit den realwirtschaftlich vorhandenen Ressourcen. Inflation ist empirisch immer dann zu beobachten, wenn die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage das Gesamtangebot an Gütern und Dienstleistungen übersteigt, die gesamte Produktionsmenge also nicht ausreicht, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Inflation ist damit *immer* ein [Missverhältnis zwischen Herstellung und Verbrauch realer Güter](#), und damit *immer* ein Phänomen einer zu hohen Nachfrage bei einem *gleichzeitig* zu geringen Angebot. Da der Staat nun aber gemäß Punkt 2 und 3 über prinzipiell unbegrenzte Geldmittel verfügt, hat er einen enorm großen Einfluss auf die Verteilung von Kaufkraft innerhalb der Bevölkerung (Nachfrageseite) sowie auf die volkswirtschaftliche Produktion und Bereitstellung aller möglichen Güter und Dienstleistungen (Angebotsseite). So kann er etwa direkt die Kaufkraft der Privathaushalte erhöhen, indem er Steuern und Sozialabgaben senkt oder Sozialleistungen wie ALG II und Kindergeld erhöht; er kann aber auch direkt die Verfügbarkeit verschiedener Güter fördern, indem er etwa Bauaufträge für Wohnungen, Gebäude, Fabriken und sonstige Infrastruktur vergibt, mehr Personal in Behörden, Krankenhäusern, Schulen und Universitäten beschäftigt bzw. eine Anstellung in diesen Bereichen durch hohe Gehälter interessant macht, die Bereitstellung wichtiger Waren und Dienstleistungen wie Lebensmittel, Medikamente, Mobilität und

Energieversorgung durch Zuschüsse subventioniert oder notfalls im Inland knappe Rohstoffe wie Getreide oder Baumaterialien aus dem Ausland ankauft, sofern die eigene Währung auch im Ausland akzeptiert wird. Angesichts dieser Macht des Staates auf die Verteilung realwirtschaftlicher Güter und Dienstleistungen drückt sich Inflation immer als Kaufkraftüberschuss und Produktionsdefizit aus (dann sollte er die Kaufkraft des Privatsektors verringern und gleichzeitig das Angebot der knappen Güter erhöhen – Hyperinflationen sind deshalb historisch meist Folgen eines schlagartigen Produktionseinbruchs, der zu [massiver Güterknappheit](#) führt), während Deflation oder zu geringe Inflation gleichbedeutend ist mit einem Kaufkraftdefizit und einem Produktionsüberschuss (dann sollte er die Kaufkraft des Privatsektors insgesamt durch niedrigere Steuern und mehr Investitionsaufträge erhöhen, damit die hergestellten Güter auch abgenommen werden). Aus den genannten Gründen besitzt die Verbraucherpreisinflation daher gerade *keine* nennenswerte Korrelation [zur Staatsverschuldung](#) oder [zur umlaufenden Geldmenge](#), wohl aber zur Veränderung der Kaufkraft der breiten Bevölkerung, ausgedrückt als [Veränderung der Lohnstückkosten](#) für Unternehmen. Die Grenzen staatlichen bzw. öffentlichen Wirtschaftens sind also realwirtschaftlicher, nicht finanzieller Natur; die Überauslastung der Produktionskapazitäten (zu hohe Inflation) ist genauso zu verhindern wie ihre Unterauslastung (zu niedrige Inflation oder Deflation). Ein öffentlicher Haushalt, der volkswirtschaftliche Sachverhalte berücksichtigen muss, ist damit gerade kein privatwirtschaftliches Unternehmen – hören wir also endlich damit auf, die Staatskasse so führen zu wollen, wie es ein Betrieb aufgrund seiner begrenzten Geldmittel tun muss.

8. die Idee überwunden wird, die EZB steuere oder kontrolliere die umlaufende Geldmenge. In Wahrheit haben Zentralbanken auf die [kaufkraftwirksame Geldmenge](#) in einer Volkswirtschaft nur eine sehr begrenzte Rolle, denn sie nehmen über die Leitzinsen lediglich Einfluss auf die Zinshöhe, zu dem der Bankensektor Kredite vergeben und damit selbständig [Geld schöpfen](#) kann. Diesen Sachverhalt hat die Deutsche Bundesbank [bereits 1995](#) richtiggestellt. Erhöhen sich die Leitzinsen, dann werden Kredite teurer, wodurch die Kreditnachfrage zurückgeht und sich der *Zuwachs* an neuem Geld *verlangsamt* – verringert die Zentralbank dagegen die Leitzinsen, dann werden Kredite prinzipiell günstiger, wodurch die Attraktivität von geliehenem Geld steigt und sich der *Zuwachs* an neuem Geld tendenziell wieder *beschleunigt*. Die EZB kann also de facto nur die [Wachstumsrate](#) von privatwirtschaftlichem Kredit- bzw. Buchgeld beeinflussen – sie kann den Privatsektor jedoch nicht dazu *zwingen*, neue Kredite aufzunehmen oder bestehende Kredite unverzüglich zurückzuzahlen und damit die umlaufende Geldmenge tatsächlich zu erhöhen oder zu reduzieren. Wenn es aber niemanden gibt, der sich verschulden *will* (wie etwa [nach einer schweren Finanzkrise](#)) dann wird die Kreditmenge auch bei den niedrigsten Zinsen nicht weiter steigen – und wenn die volkswirtschaftliche Gesamtverschuldung nicht ansteigt, dann werden sich gesamtwirtschaftlich [weder Geldvermögen noch Kaufkraft](#) erhöhen.

Zudem muss man sich fragen: Wer profitiert denn am meisten von günstigen Kreditzinsen? Sehr wahrscheinlich diejenigen, die eine besonders [hohe Kreditwürdigkeit](#) haben, also bereits viel Vermögen oder ein hohes Einkommen besitzen und leichter einen Kredit erhalten. Die privatwirtschaftliche Geldschöpfung der Geschäftsbanken weist also die Tendenz auf, bestehende Vermögensungleichheiten weiter zu verschärfen, da sie vermögende Haushalte bevorzugt und ärmeren Haushalten die Aufnahme von Krediten bzw. den Zugang zu weiterem Geld erschwert. Die staatliche Geldschöpfung hingegen muss keine (betriebswirtschaftlich relevanten) Ausfallrisiken berücksichtigen, und deshalb hat der Staat einen kaum zu überschätzenden Einfluss darauf, wie Geldvermögen, Einkommen und Kaufkraft innerhalb der Bevölkerung [verteilt sind](#). Genau aus diesem Grund ist es so wichtig, dass die Euro-Staaten gemäß Punkt 1 ihre monetäre Souveränität wiedererlangen und ohne selbst verursachte politische Hürden frei darüber entscheiden können, wem sie wofür wie viel Geld geben. Es ist gerade die höchst fragwürdige Konstruktion der institutionellen „Unabhängigkeit“ der EZB, die auf der

seltsamen Fiktion einer Trennbarkeit von Geld- und Wirtschaftspolitik beruht und dieser Souveränität gewählter Regierungen massiv [im Wege steht](#). Im gegenwärtigen Geldregime der Eurozone kontrolliert nämlich nicht die EZB, sondern eigentlich [der Bankensektor](#) die umlaufende Geldmenge, während die Euro-Länder aufgrund ihrer [finanzpolitischen Verfügungsbeschränkungen](#) durch den Maast-richt-Vertrag wenig Möglichkeiten haben, die dadurch entstehende Ungleichheit an Vermögen und Kaufkraft auszutariieren. Wenn sich dann noch zu allem Überfluss die Parteien davor wegduckten, über eine [Vermögenssteuer oder -abgabe](#) nachzudenken, obwohl ein Großteil der Bevölkerung [für die Wiedereinführung](#) einer solchen Steuer ist, sollten wir die Idee des „Wohlstands für alle“ am besten gleich beerdigen und endlich anerkennen, dass wir [längst nicht mehr](#) in einer „Sozialen“ Marktwirtschaft leben.

Was unverzüglich getan werden kann

Nach allem zuvor Gesagten sollte daher staatlich geschöpftes Geld unverzüglich in die Bereiche fließen, die für die Abschwächung des Klimawandels und den [sozialen Frieden](#) in unserer Gesellschaft wichtig sind, und zwar solange, bis mindestens in zwei aufeinander folgenden Jahren eine durchschnittliche Inflationsrate von vier Prozent festzustellen ist oder Vollbeschäftigung herrscht. Zu diesem [Maßnahmenkatalog](#) gehören unter anderem:

a) Eine [Investitionsoffensive](#) in die öffentliche Infrastruktur, um marode Schulgebäude zu sanieren (dieses Dauerproblem besteht seit mindestens [drei Jahrzehnten](#)), den Bau neuer Wohnungen [wieder zu verstärken](#), die Energieversorgung schnellstmöglich auf [erneuerbare Energien](#) umzurüsten, das Glasfasernetz für High-Speed-Internet auszubauen (die Privatwirtschaft dürfte davon massiv profitieren – in Deutschland liegt der Glasfaser-Anteil allerdings gerade einmal bei [5,4 Prozent](#) aller Breitbandanschlüsse), den [Rückbau des Eisenbahnschienennetzes](#) wieder umzukehren (Züge gehören zu den [klimafreundlichsten](#) Fortbewegungsmitteln), einen ausreichenden Katastrophenschutz zu gewährleisten, bei dem schon [vor 15 Jahren](#) Mängel zu beklagen waren usw.

b) Die Schaffung neuer Stellen im staatlichen Schul-, Erziehungs-, Pflege-, Universitäts- und [Verwaltungswesen](#) sowie die Erhöhung der Attraktivität solcher Berufsfelder durch eine sehr viel höhere Vergütung. Insbesondere Erziehungs- und Pflegekräfte müssen zu den Gutverdienenden gehören, das Bruttoeinkommen am Anfang der beruflichen Karriere müsste eher bei 5000 Euro als bei [2800 Euro](#) liegen. Das 2007 unter Angela Merkel erlassene und wissenschaftliche Laufbahnen massiv erschwerende [Wissenschaftszeitvertragsgesetz](#) ist abzuschaffen. Die [desaströs organisierte](#) Lehramtsausbildung ist zusammen mit dem gesamten Schulsystem Deutschlands [zu reformieren](#); Inspiration für alternative Unterrichtsmodelle könnte etwa die Alemannenschule Wutöschingen sein, [deren Konzept](#) sich sehr stark auf Freiwilligkeit, Selbständigkeit und die individuellen Interessen der Lernenden fokussiert, während sich die Lehramtsausbildung etwa [am finnischen Modell](#) orientieren könnte. Wenn Deutschland wieder natur- und geisteswissenschaftlicher [Innovationsstandort Nummer 1](#) werden will, muss sehr viel mehr Geld in Bildung und Forschung fließen als bisher.

c) Die zügige Installierung [kreislaufwirtschaftlicher Strukturen](#), um den Verbrauch natürlicher endlicher Ressourcen zu verringern.

d) Die Reform des Sozialhilfesystems: Das Hartz-IV-Regime, das rund [zwei Millionen Minderjährige](#) systematisch diskriminiert, ist durch eine Arbeitslosenhilfe mit bedingungsloser Grundsicherung und [staatlicher Job- und Weiterbildungsgarantie](#) zu ersetzen. Die daraus resultierende Kaufkraftsteigerung stärkt die Binnennachfrage und reduziert den international kritisierten Exportüberschuss Deutschlands, der vor allem auf den großen [Niedrig- und Hungerlohnsektor](#) hierzulande zurückzuführen ist.

e) Eine deutliche [Senkung der Sozialabgaben](#) für kleine und mittlere Einkommen bis 3000 Euro brutto; zugleich eine deutliche Anhebung der [Bundeszuschüsse](#) für die gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung, womit sich die rein finanzielle [Altersarmut](#) wirkungsvoll bekämpfen lässt – diese Maßnahme ist für eine geldpolitisch souveräne Regierung gemäß Punkt 1 ohne Probleme durchführbar. Dass Selbständige und Beamte auch in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und die Beitragsbemessungsgrenze spürbar angehoben werden sollten, ist damit eine Frage der sozialen Gerechtigkeit – mit der Finanzierung staatlicher Aufgaben dagegen haben diese Überlegungen nichts zu tun.

f) Die Abschaffung [klimaschädlicher Subventionen](#), die höhere Besteuerung [klimaschädlicher Güter und Dienstleistungen](#) sowie die stärkere [Subventionierung ökologischer Landwirtschaft](#).

g) Die Wiedereinführung einer [Vermögenssteuer](#) sowie die Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, um gesellschaftliche Ungleichheiten bezüglich Kaufkraft und politischer Einflussnahme abzdämpfen. Solange die fatalen Maastricht-Regeln und die Schuldenbremse noch gelten, sind [steuerliche Mehreinnahmen](#) zudem die einfachste Möglichkeit für den Staat, genügend Geld für die hier angeführten Investitionen zusammenzubekommen. Und wo sollte er sich dieses Geld besorgen, wenn nicht beim vermögendsten Prozent der Bevölkerung?

h) Die Einführung eines Rechts auf [Arbeitszeitverkürzung](#), wodurch das Wohlbefinden und die psychische Gesundheit von abhängig Beschäftigten gesteigert und zugleich der volkswirtschaftliche Ressourcenverbrauch [verringert](#) wird.

i) Die Stärkung der [Tarifbindung](#) in Deutschland, damit von den realen Wohlstandszuwächsen wieder [die breite Bevölkerung](#) profitiert; Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen durch das Bundesarbeitsministerium müssen vereinfacht werden. Auch sollten öffentliche Aufträge nicht mehr an den günstigsten Anbieter, sondern nur noch an Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich ans Tarifrecht halten und Tariflöhne zahlen.

j) Die ressourcenorientierte [Verteilung von Geflüchteten](#) auf die Mitgliedsländer der EU. Dafür müssen mehr öffentliche Stellen in der Geflüchtetenhilfe und der Sozialarbeit geschaffen werden, um möglichst viele [LernbetreuerInnen](#) zu rekrutieren, die Familien Geflüchteter aktiv und notfalls auch von zuhause aus in Sprache, Geschichte und Politischer Bildung unterrichten und ihnen helfen, im Alltag zurechtzukommen. Das 2016 beschlossene [EU-Türkei-Abkommen](#), das Millionen Menschen einem Staat mit fragwürdigem Status der Menschenrechte überlässt, ist unverzüglich aufzulösen.

Die Finanzierbarkeit ist stets gegeben

Halten wir am Ende dieser Auflistung noch einmal fest: Hinsichtlich ihrer *Finanzierbarkeit* durch die öffentliche Hand ist jede der hier vorgestellten Maßnahmen sofort und ohne Weiteres umsetzbar. Die wesentliche Frage hingegen lautet stets: Stehen unserer Volkswirtschaft bzw. unserem Währungsraum ausreichend Arbeitskräfte und Materialien zur Verfügung, um diese Maßnahmen auch realisieren zu können? Angesichts von [mehr als 20 Millionen](#) unterbeschäftigten Personen in der Europäischen Union ist diese Frage, zumindest was das potenzielle „Humankapital“ angeht, eindeutig zu bejahen.

Nicht Geldvermögen bildet den materiellen Wohlstand einer Gesellschaft, sondern realwirtschaftliches Sachvermögen in Form von Wohnraum, Infrastruktur, Produktionsstätten und Vorräten. Es muss der Anspruch demokratischer Gesellschaften sein, diese [materiellen Güter](#) so gerecht wie möglich unter der eigenen Bevölkerung aufzuteilen – ansonsten verlieren sie ihre politische Legitimation, da sie nichts anderes machen als die [vormodernen Aristokratien](#), in denen der König alles hat, das

Volk jedoch zu wenig. Die massive Ungleichverteilung öffentlicher Güter in Deutschland, Europa und [der übrigen Welt](#) weist also darauf hin, wie schlecht die Menschheit den Planeten Erde bisher bewirtschaftet hat und es unter dem Stern der reinen [Wettbewerbsorientierung](#) noch immer tut.

Die künftigen Generationen Europas können sich von einer vollständig entschuldeten Staatengemeinschaft nichts kaufen, weil es in einer solchen Staatengemeinschaft weder ausreichend Geldvermögen noch eine intakte Infrastruktur geben wird, die den Härten der [aufziehenden Klimakatastrophe](#) standhalten wird. Das Zögern der heutigen Entscheidungstragenden setzt Menschenleben aufs Spiel – und basiert auf einer [ökonomischen Theorie](#), der mit großer Wahrscheinlichkeit Herrschaftsinteressen wichtiger sind als das wissenschaftliche Ringen um die zutreffende [Beschreibung der Wirklichkeit](#). Wer über „Generationengerechtigkeit“ nachdenken will, ist daher gut beraten, den Ballast dieser bröckelnden Theorie allmählich hinter sich zu lassen.

Dieser Artikel erschien am 8. Oktober 2021 in einer gekürzten Version auf der Seite des Makroskop: <https://makroskop.eu/spotlight/no-way-out/was-war-generationengerechtigkeit/>